

Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Dresden,
Kaden & Comp., Nr. 1288.

Organ für das werktätige Volk

Kontakte:
Gebr. Arnhold, Dresden
und Säch. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen "Nach der Krone" und "Wald und Feld" für einen halben Monat 100 Goldpfennige. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schreibstube: Wettinerplatz 10. Telefon 25 201. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Telefon 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Komparatzeile 30 Goldpf., die 40 mm breite Reklamzeile 150 Goldpf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietsgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefverbreitung 10 Goldpf.

Nr. 252

Dresden, Montag den 27. Oktober 1924

35. Jahrg.

Die Sozialdemokratie für Landtagsauflösung

Einmütiger Beschluß des Landesparteitages — Verständigung zwischen rechts und links — Protest gegen Klassenjustiz — Amnestieforderung

Der Landesparteitag entscheidet sich für die sofortige Auflösung des Landtages. Die Landtagsfraktion ist verpflichtet, die Landtagsauflösung so zu betreiben, daß die Neuwahl des Landtages zusammen mit der Reichstagswahl am 7. Dezember stattfindet.

Nachdem der Parteivorstand, die Reichstagsfraktion und der Parteiausschuß empfohlen haben, die Kandidatenlisten für die Reichstagswahl zunächst unverändert wieder stellen zu lassen, und nachdem der letzte Reichsparteitag in dem Sachsenkonflikt erklärt hat, daß bei der Kandidatenaufstellung die bisherige Stellung der einzelnen Parteigenossen in dem jetzt überwundenen Parteistreit nicht gewertet wird, empfiehlt die Landesversammlung, die bisherigen Abgeordneten wieder aufzustellen, soweit nicht im einzelnen Falle besondere Bedenken, insbesondere das Interesse der Partei, die Wiederaufstellung unmöglich machen.

(Einmütiger Beschluß des Landesparteitages der Sozialdemokratischen Partei Sachsens.)

Die Sozialdemokratie Sachsens hat auf ihrem Parteitag in Leipzig einen wichtigen Schritt getan. Sie hat den verschlungenen Knoten des Meinungskampfes, der sich bis zum hoffnungslosen Knäuel innerer Parteierregung zu verwickeln schien, mit entschlossenem Mut durchhauen. Sie tat das einzig Richtige und Große, was in dieser schwierigen Lage zu tun war, und beschloß einmütig, der Landtagsauflösung die Auflösung des Landtages zu empfehlen. So zog der Parteitag den entscheidenden Schlußstrich unter den Parteistreit und überließ die Entscheidung über die Koalitionsfrage und die ganze Landespolitik den Parteigenossen, den Wählern, dem Volk. Die Zeit für einen solchen Beschluß war herangereift, die Stunde gebot ihn. In Epochen politischer Experimente, über deren Wert und Folgen die Meinungen schroff auseinandergehen, wird die Partei gut tun, bei genügender Reife der Situation das Richtamt des Volksmassen zu übertragen. Und da die Landtagsauflösung zugleich verpflichtend wurde, alles zu tun, um die Neuwahl zusammen mit der Reichstagswahl vorzunehmen, wird das sächsische Volk bereits am Sonntag, 7. Dezember, auch seine neue Landesvertretung wählen können. Wählt das schaffende Volk gut und richtig, so liegt eine gute und fruchtbare Basis im Bereiche der Möglichkeit. Des schaffenden Volkes Partei wahrte ihre Geschlossenheit und Kampfkraft und appelliert nun an die Waffen.

Der Leipziger Parteitag bewies ein hohes Maß politischer Reife und Selbstbeherrschung. Er bot der unglücklichen Welt nicht das von ihr längst erwartete Schauspiel blutiger Zerfleischung, auf das die Feinde der Sozialdemokratie gehofft, das sie auszumachen lauern und bestreben waren, das sie sogar bis zur Parteierlöschung oder noch besser zur Parteijerfischung zu schüren und nach Kräften zu steigern gedachten. Die sächsische Schaulust kam in Leipzig nicht auf ihre Rechnung. „Das rote Hemdchen in Leipzig wird ein Zeichen sein“, so hatte das Leipziger nationalsozialistische Heftblatt hierin im voraus geahnt. Aber kein magerer Knochen fiel der Reaktion in die Zähne, nicht einmal ein Knochen splitter — und den lästern erschütterten „Gesank“ muß sich die Würgebildelique selber fabrizieren. Der Größe ihrer geistigen Hier wird die Größe ihres heutigen Kampfes entsprechen.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten waren der Situation gewachsen. Links und rechts in der Partei hatte man erkannt, daß der Streit schon zu weit gediehen, daß es kein völlig fruchtlos sei, in Einzelheiten recht zu haben, bei Einzelheiten zu verweilen, im Rücken von Einzelpersonen sich erschöpfen zu wollen. Das ist ja alles bis zum Uebermaß in Parteiverhandlungen und in der Presse vor den Augen der Feinde geschehen. Neue Worte suchen, noch schärfere Sentenzen erfinden zu wollen, wäre sinnlos gewesen, hätte einem Verleumern der Aufgabe des Parteitagess gegeben.

Der Parteitag befaßte sich pflichtgebunden auf das tiefe Grundniveau sozialdemokratischen Wesens: Zusammenfassung, Solidarität. Er trug dem Geschicklichen Rechnung, indem er es als geschehen hinnahm, brandmarkte nicht, aberantwortete nicht die Träger der bisherigen Koalitionspolitik der Feinde. Er vermied die Drofflung oder gar Ausschaltung einer Richtung und erfüllte damit das Gesetz lebendiger Entwicklung, nach dem fruchtbare Koalition nur aus der Verknüpfung der linken und rechten Elemente einer großen grundsätzlichen Klassenbewegung zu erzielen ist. Hier lag freilich der Brennpunkt der Schwierigkeiten. Die Ausschließlichkeit einer Richtung gegenüber der andern ist der Uebel grösste. Parteistreit kann nur getrieben werden im Einverständnis mit der demokratisch entscheidenden Organisation. Regierung des Willens der Organisation ist ebenso untragbar wie Verfehlung der Träger einer Richtung. Für jedes läßt der Parteitagessbesitz keinen Raum. So hat die Gesamtparteientwicklung allen Notwendigkeiten ge-
licher Weiterentwicklung Rechnung getragen. An den Parteigenossen in den Bezirken liegt es nun, in ebenso klug abwägender und berechnender Weise die Richtlinien in die Praxis umzusetzen und so auch an der breiten Basis der Parteipyramide die sichere Einheit der aufbauenden Bewegung herzustellen. Für zu beschließende Veränderungen bei der Kandidatenaufstellung andre Gründe als das wahrhaft und tief empfundene sachliche Parteinteresse missprechend sein lassen zu wollen, würde die Vereinbarungen und den Willen des Parteitagess fränken und durchkreuzen. In der Befähigung auf den gemeinsamen Kampfeswillen gegen die Feinde und im festen Verbundensein in der Kampfesfront nach außen muß endlich die Konsequenz aus dem Richtungsstreit in der Partei gezogen werden.

Die Partei in Sachsen hat schwere Krisenzustände durchgemacht. In die trübe geschichtliche Epoche allgemeiner Rückläufigkeit der Bewegung fiel die Koalitionsfrage. Die Koalitionsfrage war die nicht Ursache, sondern Folge und Ausdruck der Schwächung unserer Einflüsse. In der Art ihrer Fortführung wurde sie denn von dem Großteil der sächsischen Parteigenossen als Verletzung der Schwäche empfunden. Das Experiment brachte den Parteiführer ernstlich zu gefährden. Nun untersteht es der Beurteilung des Volkes. Der Wille zur Ueberwindung der Krise ist in Leipzig offenbar geworden. Die Stellung vollendet hat nicht durch einen Beschluß, der Beschluß ermächtigt sie nur. Zur vollen Genesung gehörten der einseitige Wille und die lebendige Arbeit aller. Im entschlossenen Kampf gegen Klassenfeinde und die gesamte Reaktion muß die Einheit und unzerbrechbare Geschlossenheit der Sozialdemokratie gewonnen und disziplinär gewahrt werden.

Wer möchte es wagen, wer könnte es verantworten, jetzt die Kampfesfront aufs Neue zu gefährden? Die Macht der Feinde, die Not des Proletariats zwingt zu enger, brüderlicher Kampfesverbündung. Der tiefste Wille des Parteitagess, der Kampfesgeist der verantwortlichen Führung wird die Gefolgschaft befehlen, auf daß der Generalausschlag neue sozialistische Erfolge feht. Den sächsischen, westlichen Ruf des Parteitagess: Es lebe die revolutionäre Sozialdemokratie! Tragen wir arbeits- und siegesfreudig in die Massen.

Die sächsische Sozialdemokratie erfüllt ihre Pflicht.

P. Hg.

Die Landesversammlung der S. P. D.

vom 25. und 26. Oktober 1924

Unter geistvoller Äußerung der gesamten Parteimitgliedschaft, was nur Zeugnis, sondern nur über die Grenzen des Sachverständigen hinaus, am Sonntag und Montag die Landesversammlung der sächsischen Sozialdemokratischen Partei in Leipzig statt. Eingeleitet wurde die Landesversammlung durch zwei wichtige Reden der Arbeiterbewegung Leipzig.

Genosse Artz eröffnete darauf den Landesparteitag. Mit großer Spannung sehen wir allem die Parteigenossen Sachsens, sondern viele politische Denker in ganz Deutschland der heutigen Versammlung entgegen. Innerhalb unserer Partei haben sich große Spannungen gebildet. Nach der Auflösung des Reichstages ging ein verheerendes Aufstöhnen durch die Reihen. Eine Partei wurde vollständig demoralisiert, die deutschnationale Partei. Heute ist es einmütig festgestellt, daß die Partei nur aus großen politischen Gesichtspunkten und idealistischen Anschauungen ihre Zielsetzung ableiten kann. Die politische Tagesfrage gewonnen hat, sondern tag das A und O ihrer Politik von elenden materiellen Interessen diktiert wird.

Der Deutsche Volkspartei ist keine zweckmäßige Wahlkampfpartei. Der Streikmann war es, der der Hebel der revolutionären Kampfesfront gewesen ist. Er ist viel leichter anzufassen, eine Koalition nach rechts zu machen, als eine entschiedene republikanische Politik zu treiben. Deshalb gilt es in unserem Kampfe, gerade die unüberwindlichen republikanischen Parteien rechts auf das Haupt zu schlagen.

Wie ein fruchtbares Aufatmen ging es durch die sächsische Parteigenossenschaft, als die Nachricht von der Reichstagsauflösung kam, und von Mund zu Mund konnte man hören, dann lösen wir auch den sächsischen Landtag auf. Er hoffe, daß die Landesversammlung einmütig den Beschluß fassen wird.

den Landtag einzulösen

und die sächsischen Landtagswahlen mit den Reichstagswahlen zusammenzuführen.

Redner erwartete von einem einmütigen Beschluß der Landesversammlung, daß damit der Geist des entschiedenen Kampfes in die Massen hineingetragen wird. Es gibt für uns nur einen Feind, dieser Feind ist die kapitalistische Bourgeoisie. Dieser Feind gilt es zu schlagen. In diesem Sinne erkläre ich die Landesversammlung für eröffnet. (Vehesenter Beifall.)

Genosse Ripinski begrüßte im Namen des Bezirks Leipzig die Landesversammlung. In der Inflationsperiode wurde die Widerstandskraft der Partei und der Gewerkschaften geschwächt. Die Kapitalisten hatten zum Schloß aus, lösten den Reichstag auf und die Wahlen am 4. Mai brachten eine bürgerliche Mehrheit. Der Redner hofft, daß der Parteitag das Signal geben werde, zu einem Kampf, der der Arbeiterheit den Sieg bringt. (Vehesenter Beifall.)

Zusammen werden die Genossen Artz und Ripinski als Vorsitzende der Landesversammlung; die Genossen Zohla, Dresden, Engelmann, Annaberg, Kirchbach, Glangendorf, und Genossin Ziegler, Leipzig, als Schriftführer gewählt. In die Mandatsprüfungskommission wurden die Genossen Ehrh, Werdau, Böhle, Leipzig, Altermann, Chemnitz, und Barthel, Dresden, gewählt.

Das neue Organisationsstatut

Genosse Reichsorganisationsleiter Richard Ripinski referierte sodann über das neue Organisationsstatut der sozialdemokratischen Bezirksverbände Sachsens. Er führte erläuterns dazu ungefähr folgendes aus: Die sozialdemokratischen Parteitage zu Weimar und Berlin haben die Zentralisation der Parteiorganisation in den Vordergrund gerückt und haben daneben nur die Bezirksorganisationen als die Grundlage der Organisation anerkannt. Damit fiel die Landesorganisation. Es ist nur anzunehmen worden, daß die Bezirksverbände eines Landes sich zu Arbeitsgemeinschaften verbinden, um die Fragen der Landespolitik gemeinsam zu beraten, zu beschließen und durchzuführen. Von dieser Voraussetzung aus ist das neue Organisationsstatut für Sachsen aufgestellt worden.

Redner erläuterte darauf die einzelnen Paragraphen und bespricht die dazu vorliegenden Änderungsanträge.

In § 3 Absatz 2 lag ein Änderungsantrag des Bezirkes Chemnitz vor, der die Einfügung wünschte: „und weiterhin den gemäß Abschn. 2 des Statuts“. Der Landesparteitag beschloß, diesen Vorschlag zu und erucht um Annahme. § 4 umgrenzt das Arbeitsgebiet der gemeinsamen Sitzungen der Bezirksverbände. In die Formulierung spielt die sächsische Streitfrage hinein, die aus einer organisatorischen und politischen Differenz entstand. Diese Angelegenheit ist auch auf dem Berliner Parteitag besprochen worden, deshalb sind hier die Formulierungen zu beachten, die dort getroffen wurden. Absatz 4 des § 4 regelt die Art der Volksbegehrens- und Volksentscheidungs-Vote. Es ist klar festgelegt, daß in der gemeinsamen Sitzung darüber Beschluß gefaßt wird, und daß dieser Beschluß dann durchzuführen ist, so daß Einwendungen über die rechtliche Möglichkeit des Volksbegehrens und Volksentscheidungs rechtlich nicht mehr erhoben werden können.

In diesen Paragraphen ist auch das Vertretungsrecht der Gewerkschaften erörtert, das namentlich in einer besonderen Einleitung festgelegt ist. Der Beschluß des Dresdner Parteitagess war nur ein vorläufiger, der den Streit schlichtete, so wie das Vertretungsrecht der Gewerkschaften nicht in das Statut aufgenommen worden ist, in keine Unfreundlichkeit gegen die Gewerkschaften. Die Entscheidung in politischen und parteiorganisatorischen Streit der Partei, der gewerkschaftlichen Kreisen den Gewerkschaften zu. Redner verweist darauf den Wortlaut der betreffenden Einleitung und erucht um Annahme derselben.

Die Kapitalistenklasse, besonders der Reichsverband der Industrie und der Landbund, verhält sich, insofern, insofern die der Landesversammlung durch Verklärung der Arbeitszeit, Herabdrückung der Löhne, Vertreibung der Lebensmittel, durch Preissteigerung und Wucherzins auf die Arbeiter, Angestellten und Beamten auszuwirken; dies bringt zum gescheiterten Kampf aller Werktätigen.

Dieser Kampf kann nur die Sozialdemokratische Partei in Gemeinschaft mit den freien Gewerkschaften führen. Deshalb verpflichtet die Landesversammlung die sächsischen Parteigenossen, diesen gemeinsamen Abwehrkampf tatkräftig zu unterstützen und jeden Versuch, die freien Gewerkschaften zu zerstückeln, entschieden abzuwehren.

Die Landesversammlung hält ein enges Zusammenarbeiten der Sozialdemokratischen Partei mit den freien Gewerkschaften für zwingend notwendig und empfiehlt dem Landesarbeitsausschuß, den Bezirksverbänden und den Ortsvereinen, dieses nach Kräften zu fördern.

Nachdem Redner die §§ 5, 6 und 7 erläutert hatte, erklärte er in § 8, daß dieser auf die Berliner Vereinbarungen zurückgreift. Das ist der Wortlaut der Berliner Vereinbarung mit nur 2 kleinen unwesentlichen Abänderungen. Der hierzu vorliegende Änderungsantrag, nämlich die Aufhebung des Satzes: „Diese Beschlußfassung ist bindend für die Fraktion.“ Der Landesarbeitsausschuß empfiehlt jedoch die Ablehnung dieses Änderungsantrages, da es sonst den Anschein erwecken könnte, daß wir nicht gewillt sind, die Berliner Vereinbarung durchzuführen. In § 9 wird die Frage aufgeworfen, ob die Landesfraktion Beiträge zu den Unkosten des Landesarbeitsausschusses und seiner Arbeit beizutragen hat. Wie hoch die Beiträge zu leisten werden sollen, muß gemeinsam mit der Fraktion festgelegt werden. Redner erwähnt, daß den Reichstagsabgeordneten unserer Partei 10 bis 20 Prozent der Diäten abgezogen und an die Kasse des Parteivorstandes abgeführt werden, der davon seinen Bedarf deckt. § 10 entspricht im wesentlichen den alten Bestimmungen. Den vorliegenden Änderungsantrag, nämlich hierzu, erucht Redner abzulehnen, da das Reichsorganisationsstatut nur Bezirksverbände kennt. Aus dem Zusammenarbeiten der Bezirksverbände ergibt sich, daß sie selbst bestimmen können über die Verfassung außerordentlicher Landesversammlungen. Der § 11 ist die Uebernahme der Berliner Vereinbarungen. In den Vereinbarungen heißt es aber weiter noch, daß davon das Recht des Parteivorstandes, die Ausführung der Beschlüsse zu suspendieren, nicht berührt wird, wenn die Beschlüsse den Beschlüssen der Reichspartei zumiderlaufen oder die Interessen der Gesamtpartei schwer schädigen. Ein solcher Fall wird selten eintreten. Der Parteivorstand wird kaum eine Suspendierung herbeiführen können, wenn der Landesparteitag beschließen sollte, den Landtag aufzulösen. Am